

Einstimmiger Beschluss des 52. Bezirksparteitags der CDU Ruhr

Ruhrkonferenz als Impuls für den Strukturwandel nutzen

Die von der CDU-geführten Landesregierung in Nordrhein-Westfalen initiierte Ruhrkonferenz ist eine große Chance für den Strukturwandel zwischen Lippe und Ruhr. Im Jahr, in dem der Steinkohlebergbau definitiv endet, kann von ihr ein wichtiger Impuls für die weitere Entwicklung des Ruhrgebiets ausgehen. Den bisher formulierten Absichten müssen nun konkrete Taten folgen.

Die Akteure im Ruhrgebiet erwarten kein Hilfsprogramm nach dem Gießkannenprinzip, sondern wollen zusammen mit dem Land und unter Beteiligung der Bundes- und Europapolitik die Stärken der Region weiter ausbauen und offensichtliche Schwächen gezielt angehen.

Die Ruhrkonferenz wird nur dann Erfolg haben und auch nachhaltig wirken, wenn sie unter anderem in den Zukunftsfeldern

- Digitalisierung
- Mittelstandsförderung und Unternehmensgründung
- Erhöhung der Selbständigen-Quote z. B. im Handwerk
- integrierter Verkehr / metropolengerechter ÖPNV
- Umwelttechnologie
- moderne Logistik
- Gesundheitswirtschaft
- Bildung, Forschung und Entwicklung
- Kultur und Lebensqualität
- Integration – Bewältigung der Integrationsprobleme
- bedarfsgerechte Flächenausweisung

konkrete Projekte anstößt und auch abschließt. Die CDU Ruhr fordert die nordrhein-westfälische Landesregierung auf, bis Anfang nächsten Jahres erste konkrete Projekte in diesen Feldern mit einer tragfähigen Zieldefinition, einem klaren Zeitplan, einem gesicherten finanziellen Rahmen und unter Mitwirkung relevanter Akteure vor Ort zu entwickeln.

Das Ruhrgebiet soll wieder Motor für Wachstum und Innovation werden. Dafür brauchen wir eine starke Bildungslandschaft mit Kitas, Schulen, Berufskollegs, Hochschulen und Aus- und Weiterbildungsstandorten mit enger Verzahnung in die Wirtschaft.

Im Bereich Forschung und Entwicklung hat die Region offensichtlich Nachholbedarf. Firmengründungen und Innovationsschübe für unsere Unternehmen im Bereich Digitalisierung sind dafür unerlässlich. Eine moderne digitale Infrastruktur gehört notwendiger Weise dazu. Wir unterstützen das Vorhaben der Landesregierung, in Talentschulen zu investieren und damit ein starkes Signal zu setzen, dass Aufstieg durch Bildung überall im Ruhrgebiet möglich ist – gerade auch dort, wo es besondere soziale Herausforderungen gibt.

Der größte urbane Siedlungsraum in Deutschland weist bereits heute eine enorme Dichte an Fachkräften auf, die kein anderer Arbeitsmarkt in dieser Vielfalt bieten kann. Ein Zeitgemäßer und einer vergleichbaren Metropole angemessener ÖPNV kann diesen Standortvorteil zur Wirkung bringen. Die Attraktivitätssteigerung der Region durch die schnelle Verbindung von Wohnen-Bildung-Arbeiten braucht die entschlossene Weiterentwicklung von Integrierten Verkehrsprojekten wie dem Rhein-Ruhr-Express.

Die Weiterentwicklung der Stärken des Ruhrgebiets als moderner Industrie- und Logistikstandort im Herzen Europas gehört ebenfalls zu den Kernthemen der Zukunft.

Das Ruhrgebiet wird nur dann ein attraktiver Wirtschafts- und Lebensstandort sein, wenn wir die Lebensqualität in den Städten und Quartieren durch eine anspruchsvolle Städtebaupolitik weiter verbessern und die innere Sicherheit entschieden stärken. Hierzu gehört auch eine stärkere Berücksichtigung des Wunsches gerade junger Familien nach Wohneigentum mit dem entsprechenden Flächenbedarf. Wichtige Impulse für die nachhaltige Entwicklung und den erfolgreichen Strukturwandel der Metropole Ruhr können die Großprojekte Olympia an Rhein und Ruhr sowie die Internationale Gartenausstellung (IGA) liefern. Die CDU Ruhr bekennt sich zu beiden Projekten und sieht in ihnen große Chancen, das gemeinsame Auftreten als echte Metropole weiter zu stärken.

Die Vergangenheit hat uns gelehrt, ohne den festen Willen zur Zusammenarbeit über Stadt- und Kreisgrenzen hinaus wird die Region nicht vorankommen. Nur mit dem Verständnis als gemeinsame Metropole Ruhr wird die Region im nationalen und internationalen Wettbewerb um Menschen, Ideen und Unternehmen erfolgreich sein können. Die CDU Ruhr fordert deshalb alle kommunalen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure der Region auf, partei- und strukturübergreifend zusammenzuarbeiten und sich in den Prozess der Ruhrkonferenz einzubringen. Da, wo rechtliche Restriktionen gemeinsames, regionales Handeln behindern, müssen die entsprechenden Rechtsvorschriften auf den Prüfstand gestellt werden. Gemeinsam wollen wir die Chancen, die sich aus der Initiative der Landesregierung und der erhöhten bundesweiten Aufmerksamkeit durch das Ende der Steinkohleförderung ergeben, für die Region ergreifen.

Laufende Erhöhungen der Steuerlasten für die Bürger in den Ruhrgebietsstädten widersprechen nicht nur dem Ziel gleicher Lebensverhältnisse im Lande, sondern sind auch Wachstumsbremse Nr. 1 bei der Ansiedlung von neuen Unternehmen und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Hier soll es Aufgabe der Ruhrkonferenz sein, im Rahmen eines Benchmarks aller NRW-Städte Maßstäbe zu entwickeln, die es erlauben, solides Wirtschaften und Haushalten fair zu bewerten und mit Entlastungen für die sich anstrengenden Kommunen zu belohnen.